



Deutschland.

Berlin, 29. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat der Wahl des Correctors am Gymnasium in Celle, Dr. Ebeling zum Director des Gymnasiums in Hameln, die allerhöchste Bestätigung ertheilt.

Die Biebung der 2. Klasse 136. Höhligter Klasse-Lotterie wird am 6. August d. J. Morgens 7 Uhr, im Biebungssaal des Lotterie-Gebäudes ihren Anfang nehmen. Die Erneuerungsloose, sowie die F.iloose zu dieser Klasse sind nach den §§ 5, 6 und 13 des Lotterie-Planes, unter Vorlegung der bezüglichen Loose aus der 1. Klasse, bis zum 2. August d. J. Abends 6 Uhr, bei Verlust des Anrechts einzulösen. (St. A.)

[Militär-Wochenblatt] b. Barries, Oberst und Chef des Generalstabes I. Armeecorps, zum Commdr. des 3. Pomm. Inf.-Regts. Nr. 14, Stein b. Kaminsti, Oberst und Commdr. des 2. Oberstl. Inf.-Regts. Nr. 23, unter Versezung in den Generalstab zum Chef des Generalstabes I. Armeecorps ernannt. Gündell, Oberst, aggr. dem Brandenburg. Fuß.-Regt. Nr. 35, zur Führung des 2. Oberstl. Inf.-Regts. Nr. 23 commandirt. b. Wittich, Oberst und Chef des Generalstabes V. Armeecorps, unter Stellung à la suite des Generalstabes der Armee zum Commdr. der 5. Inf.-Brig. ernannt. b. Kraatz-Kochlau, Oberst und Chef des Generalstabes des VII. Armeecorps, mit der Uniform des Generalstabes wortläng zu den Offizieren von der Armee versezt. b. Herzberg, Ob.-Lt. vom Magdeburg. Fuß.-Regt. Nr. 36, unter Versezung in den Generalstab zum Chef des Generalstabes VII. Armeecorps ernannt. b. Wierfeld, Ob.-Lt. vom großen Generalstab, in das Magdeburg. Fuß.-Regt. Nr. 36 versezt. b. Krenski, Ob.-Lt. vom Generalstab des IV. Armeecorps und commandirt zur Dienstl. bei dem Gen.-Commando des V. Armeecorps, unter Versezung zum Generalstab des V. Armeecorps, mit der Führung der Geldäste als Chef des Generalstabes dieses Armeecorps beauftragt. Anthony Haupim, aggr. dem 1. Niederschl. Inf.-Regt. Nr. 46, als Comp.-Chef in das Regt. einrangiert. b. Lohberg, Pr.-Lt. im 1. Niederschl. Inf.-Regt. Nr. 46, zum Hauptm. und Comp.-Chef befördert. Willemer, Pr.-Lt., aggr. dem 1. Niederschl. Inf.-Regt. Nr. 46, in das Regiment einrangiert. Frhr. b. Langemann und Gierskamp, Major vom 2. Schles. Gren.-Regt. Nr. 11, in das 4. Niederschl. Inf.-Regt. Nr. 51, b. Ostronski, Major vom 4. Niederschl. Inf.-Regt. Nr. 51, in das 2. Schles. Gren.-Regt. Nr. 11 versezt. des Barres, Major und Commandeur des Cadettenhauses zu Bensberg und commandirt zur Dienstl. bei dem Commando des Cadetten-Corps, zum Cadettenhouse in Berlin, unter Ernennung zum Commandeur dess., versezt. Bar. Haller b. Hallestatin, Oberst von der Armee, beauftragt mit Wahrnehmung des Commandos des Cadettenhauses zu Bensberg, unter Einräumung in das Cadetten-Corps, zum Commdr. des Cadettenhauses in Bensberg ernannt. Prätzow, Pr.-Lt. à la suite des Schles. Feldungs-Art.-Regts. Nr. 6 und von der Feuerwerks-Abt., in die 1. Art.-Brig. versezt. Otto, Pr.-Lt. von der Art. 2. Aufz. des Landw.-Bats. Wobian Nr. 38 und Vorstand der Handverlaststube des Feld-Artill.-Regts. Nr. 9, der Char, als Hauptmann verliehen. Rasmacher, Sec.-Lt. von der Art. 2. Aufz. 1. Bats. (Gleiwitz) 1. Oberstl. Regt. Nr. 22, unter Zurücksezung in das 1. Aufgez. zum Pr.-Lt. befördert. Frhr. Gans Coler zu Putbus, Oberst und Brigadier der 3. Gendar.-Brig. mit Pens. zur Disp. gestellt. Stock, Sec.-Lt., bisher in der 7. Art.-Brig., in die See-Art.-Abt. versezt. b. Nostitz, Gr. v. Pfeil, Lt. zur See, von dem Commando als Inspections-Off. bei der Marineschule entbunden. Hollmann, Kapfer, Lt. zur See, Harms, Sec.-Lt. vom See-Bat., als Inspections-Off. bei der Marineschule commandirt. Winterberg, Sec.-Lt. von der See-Art.-Abt., behufs seines Rücktritts zur Artillerie der Landarmee ausgeschieden.

[Die französische Depesche.] Wie die „B. B.-Ztg.“ berichtet, hat der hiesige Geschäftsträger die französische Depesche dem Unterstaatssekretär Hrn. Thiele zuerst saßweise vorgelesen und erst am Dienstag in Abschrift überreicht, während dieser Zeit aber Mitgliedern der französischen Gesandtschaft Mitteilungen gemacht, durch welche die Depesche bekannt wurde. Dieser Bericht erregt mit Recht großen Anstoß, und man erwartet, daß Graf Bismarck dasselbe rügen, sowie daß er die französische Einmischung energisch zurückweisen wird.

Die Widersprüche, welche sich in Bezug auf die sogenannte „französische Note“ erhoben haben, lösen sich der „N. Pr. Ztg.“ zufolge dadurch, daß es sich nicht um eine „Note“, sondern um eine „Depesche“ handelt. Indem sie nämlich die bekannten Bemerkungen des „Moniteur“ anführt, sagt sie: „Diese Bemerkung des „Moniteurs“ kann auf unsere Mitteilung in Nr. 173 keinen Bezug haben, da wir nicht von einer „Note“, sondern von einer „Depesche“ gesprochen haben.“

Die „N.-Z.“ äußert sich in gleicher Weise. Nachdem sie auf die vom „Hamb. Corr.“ in Bezug auf die Depesche gemachten Angaben hingewiesen hat, sagt sie: „So positiven Angaben gegenüber kann man unmöglich etwas Anderes annehmen, als daß der ganze Schwerpunkt der Berichtigung des „Moniteur“ darin zu suchen ist, daß es sich nicht um eine Note handelt, eine Form des diplomatischen Verkehrs, in welcher bekanntlich direct von Regierung zu Regierung gesprochen wird, sondern um eine Depesche, d. h. um eine Botschrift an den Gesandten, in welcher derselbe angewiesen wird, die vorgetragenen Betrachtungen zur Kenntnis der Regierung zu bringen, bei welcher er beglaubigt ist. Bei dem Aufsehen, welches die Angelegenheit macht, wird wohl eine nähere Feststellung dieser Silbenstecherei nicht ausbleiben.“

[Die Erklärung des „Abendmoniteurs“] lautet wörtlich folgendermaßen:

„Eine große Zahl von deutschen Blättern versichert, daß dem Berliner Cabinet von dem französischen Geschäftsträger eine Note überreicht worden ist, welche auf die schleswig-holsteinische Frage Bezug hat. Diese Behauptungen einer materiell falschen Thatlage haben leider zur Wirkung, wenn nicht zum Ziel, im Publikum den Irrtum umfächlichen Nachrichten über die Natur der zwischen den beiden Regierungen obwaldernden Beziehungen zu verschaffen. Es ist dem Berliner Cabinet keine Note, sei es über die schleswig-holsteinische Angelegenheit, sei es über irgend eine andere Frage, überreicht noch verlesen (ai remis, n. lu) worden.“

* Die „Zeidl. Corresp.“ sagt: „Das Dementi des französischen „Moniteur“, daß eine auf die nordschleswigische Frage bezügliche französische Note hier nicht übergeben sei, hat allerdings, wie wir hören, insofern seine Richtigkeit, als die betreffende Depesche nur vorgelesen worden ist. In der Sache selbst ändert dies natürlich nichts, doch hoffen wir, daß eine französische Depesche auch in der Behandlung der nordschleswigischen Frage seitens der preußischen Regierung nichts Ändert wird. Es war schon auffallend und verlegen genug, daß man von französischer Seite sich herausnehmen zu dürfen glaubte, sich in die Reconstruction des Zollvereins einzumischen und den Versuch zu machen, die süddeutschen Regierungen durch Mahnungen, ja selbst durch Drohungen von dem Eintritt in das Zoll-Parlament abzuhalten. Inzwischen war alles dies noch nicht direct an unsere Adressen gerichtet. Jetzt, wo man sich direct an uns addressiert, wird es hoffentlich auf preußischer Seite an einer ganz verständlichen Antwort nicht fehlen. Wir haben nicht das Bedürfnis zu Feindseligkeiten, aber wir haben noch weniger das Bedürfnis, denselben ängstlich aus dem Wege zu gehen. Was man ucht, das wird man finden!“

Über die Stellung Preußens zu Belgien usw. gehen der „Kln. Ztg.“ von hier folgende Mitteilungen zu: Brüsseler Briefe berichten, daß in dortigen orleanistischen Kreisen — natürlich nur Assiliationen der entsprechenden Cirkel in Paris — das Gerücht mit großer Bestimmtheit auftritt und sich erhält, der König Wilhelm von Preußen habe von seinem Besuch in Paris die Überzeugung heimgeschafft,

dass ein Krieg zwischen Frankreich und Preußen eine unvermeidliche Notwendigkeit geworden sei. Er habe diese seine Ansicht auf der Durchreise durch die belgische Hauptstadt dem Könige Leopold II. nicht nur nicht verhehlt, sondern denselben noch ganz besonders auf die geographische Lage des Königreichs aufmerksam gemacht, die es notwendig erscheinen lasse, daß Belgien sich über gewisse militärische Vorkehrungen, Organisationen usw. alsbald mit Preußen verständige. Diese ganze Reihe von Angaben beruht auf einer kaum verkenbaren Mischung von Lüge und Wahrschau. Zunächst ist authentisch, daß dieindrücke, die König Wilhelm seiner Zeit von der Pariser Reise mit zurückgebracht, den oben angegebenen gerade entgegengesetzt waren; ja, daß der persönliche Verkehr mit dem Kaiser Napoleon und seiner Umgebung den König von Preußen nur durchaus in der friedlichen Gesinnung zu bestärken vermocht hat, die ihn besetzte, ehe er sich zu jenem Besuch anschickte. Ferner aber darf der Inhalt der Unterredung Wilhelm's I. mit Leopold II. in Brüssel um so mehr als ein Erzeugnis lippiger Phantasie oranistischer Staatsmänner außer Dienst angesehen werden, als der angeblich darin beansprachte Ideen-Austausch über militärische Organisation, resp. eine Verständigung über vertheidigungsweise Vorkehrungen usw. einen Gegenstand bestritten hat, welcher schon seit geraumer Zeit als eine vollbrachte Thatlache angesehen ist. Freilich ist nicht zu übersehen, daß dieser Ideen-Austausch und diese Verständigungen, ohne sich jemals bis zu einer Convention erweitert zu haben, noch oder schon aus der Phase der Luxemburger Frage her datiren, in der ein feindlicher Zusammenstoß Preußens mit Frankreich als eine sehr nahe Möglichkeit galt. Heute aber kann über Angelegenheiten der angedeuteten Natur weder in Brüssel noch in Berlin ein Zweifel oder eine Illusion mehr obwalten. Aus Paris erfährt man übrigens, daß die dortigen Regierungskreise sich mit der Idee eines ganz geeinigten Deutschland immer mehr und mehr vertraut machen, wenn es auch schwer genug sein mag, alle die eifernden Regungen stets gleichmäßig niederzuhalten, die sich Lust machen wollen, sobald ein neuer Schritt auf der einmal eingeflagenen Bahn der Einheitsbestrebungen fundbar wird. Es ist daher anzunehmen, daß auch das badische Memorandum, welches in gewissen Staatskanzleien abschriftlich circuliert und das einen Vorschlag wieder aufnimmt, den der junge Herzog von Meiningen schon im Herbst vorigen Jahres gemacht, auch jenseit des Rheines mit jenem Verständnis aufgenommen werde, das gerade der kaiserlichen Regierung bisher bei Beurtheilung deutscher Fragen nachgerühmt werden konnte. Es handelt sich um die Schöpfung einer deutschen Parlament, die, an der Seite des Volksparlaments tätig, u. a. alle bisherigen souveränen Fürsten zu seinen Mitgliedern zählen solle. Die Selbstverlängerung, welche ein solches Unternehmen von den Fürsten verlangt, wird in dem badischen Schriftstück in keiner Weise verkannt, doch verschweigt die Regierung des Großherzogs durchaus nicht, daß letzterer selbst gern bereit sei, als Erster ein privatisches Dorfer zu bringen und für die Einigung des gemeinsamen Vaterlandes auf Rechte zu verzichten, die sich doch nur zum Nachtheile des engeren wie des weiteren Vaterlandes noch aufrecht erhalten ließen. Über die Aufnahme dieses Vorschlags bei den beteiligten Persönlichkeiten verläuft zur Stunde noch nicht das Mindeste.“

* [Die aus Hannover berufenen Vertrauensmänner] sind heute Mittag 12 Uhr im Ministerium des Innern zusammengetreten und werden sofort mit morgen ihre Berathungen unter dem Vorste des Hrn. Ministers des Innern beginnen. Die Dauer dieser Berathungen wird auf etwa 10—14 Tage angenommen und dürfte die Organisation der Verwaltung in Hannover den ersten und Hauptgegenstand bilden. (Z. C.)

* [Die Flagge des norddeutschen Bundes] ist nunmehr durch Se. Majestät den König definitiv festgestellt und wird die Special-Flagge der einzelnen Bundesstaaten am 30. September d. J. Abends niedergeholt und die Bundesflagge am 1. October Morgens aufgehisst. (Z. C.)

Eins, 28. Juli. [Se. Majestät der König] empfing gestern Vormittags den General-Adjutanten, General-Major von Tresckow, und nach Aufhebung der Tafel den wirklichen Geheimen Legations-Rath Abeken zum Vortrage. Zum Diner waren mit einer Einladung beehrt der Regierungs-Präsident Käblwetter und der erste Brunnen- und Badearzt Medicina-Rath Dr. Orth. Heute Vormittag wohnte Se. Majestät der König dem Gottesdienste bei und hörte darauf im Gruhause den Gesang-Vortrag des Kölner Männer-Gesang-Bvereins unter Leitung des königlichen Musik-Directors Franz Weber. (St. A.)

Hamburg, 27. Juli. [Militär-Convention.] Soeben ist der Text der zwischen unserem Senate (Bevollmächtigter Senator Dr. Müller) und der preußischen Regierung (Bevollmächtigter Oberstleutnant v. Hartmann, Abtheilungshof im Kriegsministerium) vereinbarten Militär-Convention, sowie des Schlusprotocolls bekannt geworden.

Breiten übernimmt (§ 1) gegen Stellung der wehrpflichtigen Hamburger Bevölkerung und Zahlung des Bauphalbeitrages von 225 Thlr. für jeden Kopf der auf 1 p.C. der Bevölkerung normirten Friedensstädtie die Hamburg obliegenden militärischen Leistungen. Die preußische Regierung verleiht zwei Bataillone nach Hamburg (§ 2), die hier ihre Friedensgarison erhalten (§ 3); diese Bataillone werden, wie in die in Utica garnisonirenden, die zur Infanterie tauglichen dienstpflichtigen Hamburger grundsätzlich eingereiht; in wenigen Jahren wird die Hamburger Garnison blos aus Hamburger bestehen. Zu § 15 wird für die hier stationirten Bataillone, sowie für die in Utica und Wandsbek stehende Cavallerie die Vorchrift, daß die Zahl der einzuhaltenden einjährigen Freiwilligen 4 bei jeder Compagnie nicht übersteigen dürfe, aufgehoben, so daß junge Hamburger, die als einjährige Freiwillige als Infanteristen oder Cavalleristen eintreten wollen, ihren Dienst in Hamburg oder dessen unmittelbarer Nähe ableisten können. § 15 bestimmt, daß einjährige Freiwillige, die ihrer Militärschaft genügen, wenn sie zur Ausübung ihres Brufes sich in außereuropäische Länder begeben, einen Auslands-Urlaubspass auf zwei Jahre erhalten, sie bleiben frei von der Einberufung zu Übungen u. s. w., sowie bei eintretender Mobilmachung, wenn sie durch Conular-Altest darlin, daß sie in außereuropäischen Ländern (mit Ausnahme der Küstenländer des schwarzen und mitteländischen Meeres) eine feste Stellung eingenommen; sodann erhalten sie einen weiteren Auslandspass mit derselben Wirkung wie oben auf 5 Jahre. § 17: Bei Nachweis der wissenschaftlichen Qualification der zum einjährig freiwilligen Dienst Gemeldeten sollen die höheren Hamburger Lehranstalten den preußischen gleichgeachtet werden, sobald sie bei nächster Feststellung darlin, daß sie mit den entsprechenden preußischen auf einer wissenschaftlichen Stufe stehen. § 18: Ja Anwendung der Gründe der Zurückstellung, bezüglich der Befreiung vom

Militärdienst, wird der Inhaber eines Hamburger Handlungshauses den Vorstebern von gewerblichen Establissemens gleichgestellt. § 19: Den Hamburger Seefahrern und der seemannischen Bediener Hamburgs kommen die dem preußischen Berufsgenossen auf Grund des Dienstes auf einem Schiffe der deutschen Handelsflotte zuständigen Vorzüge und Vergütungen gleichmäßig zu Gute. § 20 bestimmt: Die Bundesvorschriften über Ausbedienung u. s. w. Ausschluß der Stellvertretung, haben keine rückwirrende Kraft und keine Anwendung auf diejenigen Hamburger Wehrpflichtigen, die dem Jahre 1845 oder früher angehören. Bei Zweifeln entscheidet der Senat. Auf die bisher nicht eingestellten, aber Pflichtigen früheren Jahren soll nicht für sie geziert werden und sie freieschein erhalten. Die Kaiser u. s. w. militärische Localitäten geben zur Benutzung an Preußen über bis zum Bau einer neuen Kaserne, wozu Hamburg 300.000 Thaler benötigt. — Den Hoheitsrechten Hamburgs wie seiner Selbstständigkeit wird durch die Convention in leiner Weise prädicirt. Dem Senate bleiben alle Grenzrechte und die freie Verfügung in Bezug Verwendung der im Hamburger Staate dislocirten Bundesstruppen zum inneren Dienste vorbehalten. Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, Aufstellung ständischer oder periodischer Wachen u. s. w.) Der Senat ernennt einen Hamburger Stadtverordneten, dessen Stellung zur Garnison noch zu regeln ist. Die Hamburger Hoheitsrechte werden in Wappen, Farben u. s. w. an den v. d. B. Bundesmilitär benutzten Localitäten beibehalten. Das Einschreiten des Militärs zum Zwecke der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ist in der Regel durch die vorgängige Aquisition seitens der zuständigen Civilbehörde bedingt. Die Fälle und Formen, in denen das Militär gegen Civilpersonen einschreiten und von seinen Waffen Gebrauch machen darf, werden durch eine unter Befürchtigung des bez. preuß. Reglements vom Senate zu erlassende Ordnung geregelt. Ferner Bestimmungen betreffen: Überhebung des vorhandenen Kleidungs u. s. w. Materials an Preußen, auf den Übergang Hamburger Offiziere in preußische Dienste, Pensionierung, zur Dispositionstellung, Verhältnisse der Untervöffiziere, Spieleteu u. s. w. Die Convention tritt am 1. October d. J. in Kraft. — Der Senat bezeichnet seinen Antrag, betr. diese Convention, um deren Mitnehmung die Bürgerschaft erucht wird (die betreffende Sitzung findet am 31. Juli statt), als einen dringlichen. Es soll über den Ausgang dieser Sitzung sofort nach deren Schluss Bericht erstattet werden; man hält Gabloc-Annahme für sicher.

Oesterreich.

* Aus Nordösterreich, 27. Juli. [Die Forderungen der ungarischen Opposition. — Ein geheimes Ueberwachungs-Comite in Galizien. — Militärisches.] Während in Böhmen, Mähren, Galizien sowie in den südslawischen Provinzen die Thätigkeit wirklicher oder vermeintlicher russischer Emisäre der Regierung vollauf zu schaffen giebt, mehren sich auch in dem „pacifirten“ Ungarn die Sturmzeichen. Sie werden bereits erfahren haben, daß die separatistisch geführte Befreiungsvereinte Ungarns auf dem Punkte steht, mit der Errichtung von 70 Honved-Bataillonen — also einer förmlichen National-Armee — durchzudringen, die bekanntlich schon in den Jahren 1848/49, hätte nicht Russland intervenirt, mit dem Staate Oesterreich tabula rasa gemacht haben würde. Sie können leicht sich vorstellen, welchen Eindruck die Nachricht auf die österreichische Armee geltet, welche nun gegen das gewöhnlichste militärische Verständnis gleichfalls dem Dualismus geopfert werden und vollständig aus Rand und Band gerathen soll. Interessant ist auch, sich die Leute näher zu betrachten, welche an der Honvedorganisation betheiligt. Da ist z. B. Dr. Gellcs, welcher als Ex-Lieutenant in österreichischen Diensten an der ungarischen Revolution sich betheiligt und dafür in coiulamiam zum Tode durch den Strick verurtheilt ward. Er lebte bisher im Auslande, wo er seiner Zeit als Emisäre Kosuth's, Klapka's und Mazzini's fungirte und während des Krimkrieges auch in die britisch-deutsche Legion trat, deren übrige Offiziere von den militärischen Kenntnissen oder der Bravour Gellcs' wenig zu erzählen wissen. Auch ist Liechter gar nicht ungar, sondern, wie schon sein Name andeutet — Croat! Auch Bitter, der im Jahre 1849 die Südarmedie der ungarischen Insurrection befehligt, ist in Pest und übt auf das Honvedwesen Einfluß aus. — In der Presse hat das Ministerium Andrassy und das mit ihm verbündete Magnatenthum gleichfalls eine evidente Niederlage erlitten, ja selbst über den noch fürstlich vergötterten Deak fällt die an Stärke und Macht zunehmende Opposition stets heftiger her. Die Zahl der gegen das Ministerium agitierenden Journale ist im Lande Legion, ja mit den öffentlichen Blättern ist es soweit gekommen, daß sie in mehreren Pester Cafés und andern öffentlichen Orten seitens der Gäste mittels Acclamation abgeschafft wurden. „Ungarn muß Alles durchsetzen, was die Nation in den Jahren 1848/49 beschlossen“ — so schallt es durch die gesamte Oppositionspresse. Daß man damit die völlige Unabhängigkeit von Oesterreich meint, ist dem beschranktesten politischen Verstande greiflich, aber leider nicht unsern Regierungsräten in Wien. — Um nochmals auf die immer auffälliger hervorbrechenden russischen Sympathien Galiziens zurückzufommen, bemerke ich, daß die Statthalterei in Lemberg die regierungstreuen ruthenischen Landgeistlichen — zumal die an der russischen Grenze — zu einer Art Ueberwachungs-Comite vereinigt und dieses angewiesen, über alle im Sinne Russlands bemerkbaren Umtriebe sofort im confidienten Wege nach Lemberg Bericht zu erstatten. Es ist selbstverständlich, daß diese Nähe nicht aus purem österreichischen Patriotismus, d. h. umsonst, gefordert, sondern aus den übrigen Offizieren von den militärischen Kenntnissen oder der Bravour Gellcs' wenig zu erzählen wissen. Auch ist Liechter gar nicht ungar, sondern, wie schon sein Name andeutet — Croat! Auch Bitter, der im Jahre 1849 die Südarmedie der ungarischen Insurrection befehligt, ist in Pest und übt auf das Honvedwesen Einfluß aus. — In der Presse hat das Ministerium Andrassy und das mit ihm verbündete Magnatenthum gleichfalls eine evidente Niederlage erlitten, ja selbst über den noch fürstlich vergötterten Deak fällt die an Stärke und Macht zunehmende Opposition stets heftiger her. Die Zahl der gegen das Ministerium agitierenden Journale ist im Lande Legion, ja mit den öffentlichen Blättern ist es soweit gekommen, daß sie in mehreren Pester Cafés und andern öffentlichen Orten seitens der Gäste mittels Acclamation abgeschafft wurden. „Ungarn muß Alles durchsetzen, was die Nation in den Jahren 1848/49 beschlossen“ — so schallt es durch die gesamte Oppositionspresse. Daß man damit die völlige Unabhängigkeit von Oesterreich meint, ist dem beschranktesten politischen Verstande greiflich, aber leider nicht unsern Regierungsräten in Wien. — Um nochmals auf die immer auffälliger hervorbrechenden russischen Sympathien Galiziens zurückzufommen, bemerke ich, daß die Statthalterei in Lemberg die regierungstreuen ruthenischen Landgeistlichen — zumal die an der russischen Grenze — zu einer Art Ueberwachungs-Comite vereinigt und dieses angewiesen, über alle im Sinne Russlands bemerkbaren Umtriebe sofort im confidienten Wege nach Lemberg Bericht zu erstatten. Es ist selbstverständlich, daß diese Nähe nicht aus purem österreichischen Patriotismus, d. h. umsonst, gefordert, sondern aus den übrigen Offizieren von den militärischen Kenntnissen oder der Bravour Gellcs' wenig zu erzählen wissen. Auch ist Liechter gar nicht ungar, sondern, wie schon sein Name andeutet — Croat! Auch Bitter, der im Jahre 1849 die Südarmedie der ungarischen Insurrection befehligt, ist in Pest und übt auf das Honvedwesen Einfluß aus. — In der Presse hat das Ministerium Andrassy und das mit ihm verbündete Magnatenth

redung, welche Herr Rattazzi mit Baron Malarei hatte, ist, wie man nun erfährt, eine sehr wichtige gewesen, und die Sprache des Ministerpräsidenten soll eine noch viel energischere gewesen sein, als später vor dem Parlamente. Rattazzi hat nämlich — wie die „Kölnerische Zeit.“ ferner mittheilt — dem französischen Gesandten mitgetheilt, seine Regierung sei fest entschlossen, der Uebereinkunft vom 15. September in jeder Weise Achtung zu verschaffen, sowohl im Janern wie nach außen hin, sowohl seitens der Italiener als von Seiten anderer Regierungen und Nationen. Wenn jedoch der Vertrag von einer der vertraglichsten Parteien nicht eingehalten werden sollte, dann würde auch die italienische Regierung sich für frei erachten und, wenn die Gelegenheit sich darbietet, so handeln, wie es ihre Interessen ertheilen. Diese Haltung Rattazzis soll einen außerordentlichen Eindruck auf den Baron Malarei hervorgebracht haben, und dieser berichtete natürlich sofort an seine Regierung. Man ist allerdings in Paris nicht gewohnt, daß die Italiener eine so energische Sprache führen.

[Aus Rom] bringt die „Italia“ von Neapel vom 21. Juli sehr beunruhigende Nachrichten. Es heißt, die Gährung in der Stadt sei allgemein und von einem zum anderen Augenblicke befürchte man einen Ausbruch.

[Einberufung von Beurlaubten.] Wie das „Giornale di Napoli“ vom 22. Juli meldet, hat ein Rundschreiben des Militär-Commandanten von Neapel an die Bürgermeister der Provinz ihnen den Befehl des Kriegs-Ministeriums mitgetheilt, daß alle beurlaubten Soldaten, einerlei, ob ihr Urlaub abgelaufen sei oder nicht, zu ihren resp. Corps stoßen und sich bis spätestens den 31. d. Mts. zu stellen haben.

Frankreich.

Paris, 26. Juli. [Die Besorgnisse vor einem Kriege mit Preußen], von denen man glaubte, sie würden mit der Erledigung der Luxemburger Frage gänzlich verschwinden, sind, so schreibt man der „Elber. Ztg.“ jetzt lebhafter als je. Die Thätigkeit, mit welcher der Marschall Niel die Armee zu reorganisieren und sein Material zu vervollständigen sucht und andererseits die Aufreizung gewisser Journales, welche jeden Tag eine neue Beßwerde zu Lasten Preußens entdecken, tragen sehr viel dazu bei, diese Besorgnisse zu unterhalten. Unter den Beschwerden spielt die Abtreitung Nordschwabens an Dänemark die Hauptrolle. Da Preußen und Dänemark nicht dazu gelangt sind, sich über die Bedingungen dieser Abtreitung zu verständigen, so werde Frankreich für Dänemark Partei nehmen, um einen Krieg mit Preußen ins Leben zu führen. Diese Gerüchte sind hier sehr verbreitet, aber die Regierung hat noch keine Veranlassung genommen, ihnen entgegenzutreten, trotzdem daß sie dem Handel und Verkehr so sehr schaden. An ihrer Stelle ergreift heute der offiziöse „Standard“ das Wort, um in einer energischen Note zu erklären, er sei ermächtigt, jene Gerüchte als ganz grundlos zu bezeichnen. Der Artikel lautet wörtlich:

Mehrere Journale scheinen sich das Wort gegeben zu haben, um unter dem Publikum eingebildete Nachrichten und grundlose Besorgnisse zu verbreiten. Unter ihnen haben wir mit Bedauern die „Epoque“ getroffen, deren politische Haltung nicht geeignet ist, uns feindselige Gesinnungen einzuführen, im Gegenteil. Anstatt ihre ersten Behauptungen über angebliche Conflicte zwischen dem Pariser und dem Berliner Cabinet zu widerrufen, wie wir gesagt hatten, bestätigt die „Epoque“ sie heute mit einer Hartnäckigkeit, die uns unheimlich erscheint, denn sie ist offenbar das Zeichen eines gefaßten Entschlusses, eines beschlossenen Planes im Hinblick auf Combinationen, welche wir nicht errathen... Die „Epoque“ beharrt in dem Glauben, daß zwischen Frankreich und Preußen gespannte Beziehungen bestehen; und sie beruft sich auf die Behauptungen des „International“, nach denen ein náher Bruch zwischen Frankreich und Preußen zu befürchten sein soll. Wir antworten kategorisch, daß an allem kein wahres Wort ist. — Die einzige politische Frage, auf welcher man die Fabel aufstellen könnte, welche die aufzubläugende die „Epoque“ sich anstrengt, ist die schleswigsche. Nun wohl, wir sind in der Lage zu versichern, daß diese Frage zu keiner Besorgniß Veranlassung giebt und jetzt keine spätere Verwidderung vorbereitet läßt. Der Einfluß Frankreichs hat sich in den Unterhandlungen nur unter den ruhigsten Parteien gezeigt, und sie haben sich dabei interessirten Parteien gehalten, werden, fühlen lassen. Endlich hat Dänemark an das Berliner Cabinet eine sehr befriedigende Note gerichtet, denn sie ist geeignet, in jeder Art die definitive Regulirung der schleswigschen Frage zu erleichtern. Wir sind daher mehr als je ermächtigt, der „Epoque“ zu erklären, daß ihre neulichen Behauptungen über das, was die Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen betrifft, im Ganzen wie im Einzelnen, der Mehrheit der Thaten absolut entgegen sind.

Dänemark.

Kopenhagen, 27. Juli. [Béhic.] Die amtliche „Berlingske Tidende“ berichtet heute unter der Überschrift: „Notabler Reisender“: Ein französischer Senator, Namens Béhic, ist in den gestrigen Abendstunden hier in der Stadt eingetroffen und hat in dem „Hotel Royal“ Absteigequartier genommen. Ob der Genannte identisch ist mit dem französischen Minister für die öffentlichen Arbeiten oder ob es zwei Senatoren gleichen Namens gibt, können wir nicht sagen.“

Schweiz.

Bern, 26. Juli. [Die Anwesenheit flüchtiger Hannoveraner auf schwizerischem Gebiet] ist keine Chimäre, wie von gewisser Seite behauptet wird. Dem Bundesrathe lag in seiner heutigen Sitzung eine von einem Herrn v. Tschirchitz und einem Herrn v. Karling unterzeichnete und aus Basel, den 15. Juli, datirte Gingabe vor, in welcher diese Herren erzählen, sie seien durch die Ereignisse der letzten Jahre zur Auswanderung genötigt gewesen, hätten einige Monate in Holland Asyl gefunden, seien jetzt aber von dort ausgewiesen worden. Unter diesen Umständen suchten sie, etwa 200 Mann stark, in der Schweiz Asyl. Geldmittel, die Bedürftigen dauernd zu unterstützen, seien schon in Holland, wo sich ein Comite zu diesem Zwecke gebildet habe, aufgebracht worden, so daß sie niemals einer Behörde oder einer Gemeinde zur Last fallen würden. In Folge dieser Gingabe hat der Bundesrat ein Kreisschreiben an die Kantone erlassen, welches nach Mittheilung dieser Angaben folgendermaßen schließt:

Indem wir nun sämtlichen Cantons-Regierungen von diesen Vorgängen Kenntniß geben, verbinden wir damit die Erfahrung, daß in Übereinstimmung mit den seit langer Zeit geltenden Grundzügen über Asyl die Bundesbehörden sich nicht veranlaßt sehen, in dieser Angelegenheit irgend welche Maßnahmen zu treffen oder Directionen zu geben. Sie müssen sich einstweilen mit der Gestaltung begnügen, daß sie ihrerseits gegen die Gewährung des Asyls nichts einzuwenden haben und auch so lange gegen dieses Asyl nichts einwendigen werden, als die betreffenden Fremden nicht aus politischen Gründen die Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Es ist daher lediglich Sache der betreffenden Kantone, ob sie Asyl gewähren wollen und unter welchen Bedingungen, oder ob sie Gnade haben, es zu verweigern.

Die bis jetzt in der Schweiz anwesenden flüchtigen Hannoveraner sind von dem Comite in Holland bereits wie folgt verteilt: Zürich hat 36 Mann erhalten, Basel 40, Olten, Biel, Aarau, Solothurn, Zug und Löts je 20. (R. 3.)

Mexiko.

Newyork, 13. Juli. [Der Senat] hat den Nachtrag zur Reconstructionsgesetze angenommen, wonach Niemand durch Begnadigung des Präsidenten die Wahlberechtigung erhält. Civilbeamte der weiland conföderierten Regierung von der Wahl ausgeschlossen sind und General Grant Vollmacht erhält, Civilbeamte ihrer Stellen zu entheben. Das Repräsentantenhaus nahm diese Bill an und erweiterte sie noch durch ein Amendement, das alle Civilbeamte im Süden abschafft und die Districtscommandeure autorisiert, dieselben zu ersezten. Da der Senat sich mit dem Amendement nicht einverstanden erklärte, so ging die Bill

in die Hände eines Conferenzcomites über. Die Vertagung des Repräsentantenhauses soll bis zum 19. November dauern.

[Mexicanisches.] Die Radicalen unter den Congresmännern haben ihrer Abneigung gegen Maximilian nach der in dieser Versammlung gebräuchlichen nachdrücklichen Weise ohne Rückhalt Ausdruck gegeben. Die Annahme indessen, daß die Gegenpartei, Juarez und Ge-lossen, sich großer Sympathien erfreue, würde ungerechtfertigt sein. Intervention und selbst Annexion werden vielfach als das bezeichnet, was dem Lande Mexico Noth thue. Die Flibustier und andere abenteuerliche Gesellen regen sich unter solchen Umständen mächtig und von allen Seiten, aus Newyork, Neworleans, Buffalo und anderen Städten, berichtet man von der Ausrüstung von Expeditionen gegen Juarez, denen viele Leute zuströmen sollen. Der österreichische Consul in Neworleans hat ein Schiff gehartet, um die Überreste der mexicanischen Fremdenlegion nach Triest zu befördern. In allen katholischen Kirchen der Stadt wurden Messen für Maximilian's Seelenruhe gehalten.

[Aus Rom] bringt die „Italia“ von Neapel vom 21. Juli sehr beunruhigende Nachrichten. Es heißt, die Gährung in der Stadt sei allgemein und von einem zum anderen Augenblicke befürchte man einen Ausbruch.

[Einberufung von Beurlaubten.] Wie das „Giornale di Napoli“ vom 22. Juli meldet, hat ein Rundschreiben des Militär-Commandanten von Neapel an die Bürgermeister der Provinz ihnen den Befehl des Kriegs-Ministeriums mitgetheilt, daß alle beurlaubten Soldaten, einerlei, ob ihr Urlaub abgelaufen sei oder nicht, zu ihren resp. Corps stoßen und sich bis spätestens den 31. d. Mts. zu stellen haben.

Paris, 26. Juli. [Die Besorgnisse vor einem Kriege mit Preußen], von denen man glaubte, sie würden mit der Erledigung der Luxemburger Frage gänzlich verschwinden, sind, so schreibt man der „Elber. Ztg.“ jetzt lebhafter als je. Die Thätigkeit, mit

welcher der Marschall Niel die Armee zu reorganisieren und sein Material zu vervollständigen sucht und andererseits die Aufreizung gewisser Journales, welche jeden Tag eine neue Beßwerde zu Lasten Preußens entdecken, tragen sehr viel dazu bei, diese Besorgnisse zu unterhalten. Unter den Beschwerden spielt die Abtreitung Nordschwabens an Dänemark die Hauptrolle. Da Preußen und Dänemark nicht dazu gelangt sind, sich über die Bedingungen dieser Abtreitung zu verständigen, so werde Frankreich für Dänemark Partei nehmen, um einen Krieg mit Preußen ins Leben zu führen. Diese Gerüchte sind hier sehr verbreitet, aber die Regierung hat noch keine Veranlassung genommen, ihnen entgegenzutreten, trotzdem daß sie dem Handel und Verkehr so sehr schaden. An ihrer Stelle ergreift heute der offiziöse „Standard“ das Wort, um in einer energischen Note zu erklären, er sei ermächtigt, jene Gerüchte als ganz grundlos zu bezeichnen. Der Artikel lautet wörtlich:

[Österreichisch-preußische Eisenbahn-Verbindung.] Die „Berl. Börsen-Zeitung“ schreibt: Der österreichische General-Inspector Ministerialrath Ritter v. Wagner, welcher wegen der Bahnanschlüsse bei Königshain-Liebau und Wildenscheide-Mittelwalde die Verhandlungen mit den Vertretern der preußischen Regierung, dem Geheimen Regierungsrathe Heise und dem Wirklichen Legationsrath Jordan in Berlin geführt hatte und nach Beendigung derselben mit dem fertigen Entwurfe des Staatsvertrages nach Wien gereist war, ist zum Abschluße des Vertrages bereits wieder in Berlin eingetroffen. Die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden soll binnen vier Wochen in Berlin erfolgen.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad Celsius in den Temperaturen, die Temperatur der Luft nach Raumtemperatur. | Luft- | Wind- | Wetter. |

Breslau, 29. Juli 10 U. Ab.	330,39	+10,2	W. 1.	Trübe, vorh. Reg.
30. Juli 6 U. Mra.	329,84	+10,0	W. 1.	Trübe.

Breslau, 30. Juli. Wasserstand. 1 O. B. 15 F. 3 Q. 11. B. 1 F. 9 Q. 2.

Breslau, 30. Juli. Wasserstand. 1 O. B. 15 F. 3 Q. 11. B. 1 F. 9 Q. 2.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Wien, 30. Juli. Die heutige „Press“ will wissen, daß die in Ischl zum Empfang eines hohen Gastes getroffenen Vorbereitungen dem Kaiser Napoleon gelten, der am 7. August in Ischl einzutreffen gedenkt.

Florenz, 29. Juli. Der Senat beauftragte eine Special-Commission, das von der Deputirtenkammer genehmigte Kirchengüter-Gesetz zu prüfen, und wird über die Finanzoperation vorher beschließen.

Kopenhagen, 29. Juli. Die Reise des französischen Handelsministers Béhic, hat keinen öffentlichen Charakter. Herr Béhic ist heute nach Malmö abgereist und befiehlt demnächst Schweden und Norwegen. (Siehe oben „Kopenhagen“. D. R.)

Breslauer Börse vom 30. Juli. Schluss-Course (1 Uhr Nachm.) Russisch Papiergold 83½-% bez. Österreichische Banknoten 80—79½% bez. u. Od. Schles. Rentenbriefe 90% Br. Schles. Wandbriefe 84 Br. Od. National-Anleihe 53 bez. u. Od. Kreisburger 131 Br. Reichsbank 184—½% bez. u. Od. Wilhelmshafen 57½% bez. u. Od. Evelyn-Tarnowitzer 70% Br. Od. Cred. Actien 71 bez. u. Od. Schlesischer Bank-Briefe — 1860er Loope 69% Od. Amerikan. 76½% bez. u. Br. Warschau-Wiener 57½—58 bez. Wienerb. — Breslau, 30. Juli. Preise der Getreide.

Festsetzung der politischen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen.

fein mittel ordin. fein mittel ordin. Weizen, weißer 104—109 100 95—98 Gerste 62—64 60 57—59 do. gelber 102—107 99 95—97 Hafer 43 41 39 Roggen, alter 85 83 80—81 Erbsen 78—80 76 70—74 do. neuer 82 77 72

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktwaren von Mays und Müßen.

Raps 182 166

Winterrüben 194 188 182 pr. 150 Pfd. Brutto in Sgr.

Sommerrüben — — —

Dotter — — —

Leedo. (Kartoffel) Spiritus pr. 1000 Ort. bei 80% Tralles 20% Br. % Od.

Offiziell gekündigt: — Cr. Weizen, 1000 Cr. Roggen. — Cr. Hafer. — Cr. Rapsblumen. — Cr. Rübbl. — Cr. Leinbl. — Ort. Spiritus.

Breslauer Börse vom 30. Juli. Schluss-Course (1 Uhr Nachm.)

Russisch Papiergold 83½-% bez. Österreichische Banknoten 80—79½% bez. u. Od. Schles. Rentenbriefe 90% Br. Schles. Wandbriefe 84 Br. Od. National-Anleihe 53 bez. u. Od. Kreisburger 131 Br. Reichsbank 184—½% bez. u. Od. Wilhelmshafen 57½% bez. u. Od. Evelyn-Tarnowitzer 70% Br. Od. Cred. Actien 71 bez. u. Od. Schlesischer Bank-Briefe — 1860er Loope 69% Od. Amerikan. 76½% bez. u. Br. Warschau-Wiener 57½—58 bez. Wienerb. —

Breslau, 30. Juli. Preise der Getreide.

fein mittel ordin. fein mittel ordin. Weizen, weißer 104—109 100 95—98 Gerste 62—64 60 57—59 do. gelber 102—107 99 95—97 Hafer 43 41 39 Roggen, alter 85 83 80—81 Erbsen 78—80 76 70—74 do. neuer 82 77 72

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktwaren von Mays und Müßen.

Raps 182 166

Winterrüben 194 188 182 pr. 150 Pfd. Brutto in Sgr.

Sommerrüben — — —

Dotter — — —

Leedo. (Kartoffel) Spiritus pr. 1000 Ort. bei 80% Tralles 20% Br. % Od.

Offiziell gekündigt: — Cr. Weizen, 1000 Cr. Roggen. — Cr. Hafer. — Cr. Rapsblumen. — Cr. Rübbl. — Cr. Leinbl. — Ort. Spiritus.

Breslau, 30. Juli. Preise der Getreide.

fein mittel ordin. fein mittel ordin. Weizen, weißer 104—109 100 95—98 Gerste 62—64 60 57—59 do. gelber 102—107 99 95—97 Hafer 43 41 39 Roggen, alter 85 83 80—81 Erbsen 78—80 76 70—74 do. neuer 82 77 72

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktwaren von Mays und Müßen.

Raps 182 166

Winterrüben 194 188 182 pr. 150 Pfd. Brutto in Sgr.

Sommerrüben — — —

Dotter — — —

Leedo. (Kartoffel) Spiritus pr. 1000 Ort. bei 80% Tralles 20% Br. % Od.

Offiziell gekündigt: — Cr. Weizen, 1000 Cr. Roggen. — Cr. Hafer. — Cr. Rapsblumen. — Cr. Rübbl. — Cr. Leinbl. — Ort. Spiritus.

Breslau, 30. Juli. Preise der Getreide.

fein mittel ordin. fein mittel ordin. Weizen, weißer 104—109 100 95—98 Gerste 62—64 60 57—59 do. gelber 102—107 99 95—97 Hafer 43 41 39 Roggen, alter 85 83 80—81 Erbsen 78—80 76 70—74 do. neuer 82 77 72

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktwaren von Mays und Müßen.

Raps 182 166

Winterrüben 194 188 182 pr. 150 Pfd. Brutto in Sgr.

Sommerrüben — — —

Dotter — — —

Leedo. (Kartoffel) Spiritus pr. 1000 Ort. bei 80% Tralles 20% Br. % Od.

Offiziell gekündigt: — Cr. Weizen, 1000 Cr. Roggen. — Cr. Hafer. — Cr. Rapsblumen. — Cr. Rübbl. — Cr. Leinbl. — Ort. Spiritus.

Breslau, 30. Juli. Preise der Getreide.